

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-für-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Juli/August 2014

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Eine [Anmerkung](#) zu den Bürgerbriefen, die vor Anfang 2017 erschienen sind, ist am Ende des Bürgerbriefes zu finden.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: buergerbrief-für-frieden-und-demokratie@online.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2016-11-17

Inhalt dieser Ausgabe

- **Rainer Rupp: Obama darf US-Bürger mit Drohnen killen**
- **Jens Meyer-Wellmann: Direkte Demokratie - was soll das Volk entscheiden?**
- **Erich Möchel: TISA-Abkommen steht hierarchisch über TTIP**
- **Elisabeth Voß: Anders Wirtschaften mit Genossenschaften**
- **DeutscheWirtschaftsNachrichten: .. EZB bereitet neue Gelddruck-Maßnahmen vor**
- **Frank Schäffler: Die verhängnisvolle Woche des "Super Mario"**
- **Hintergrund: „Die Rating-Agenturen gehören den Banken und Hedgefonds, ...“**

Zitat des Monats von [Burghard Flieger](#):

Die Genossenschaft wird international verstanden als ein allen Interessenten offen stehendes, überkonfessionelles Modell der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung auf Grundlage von Kooperationen. Sie stärkt individuelles Engagement und Selbstbewusstsein und ermöglicht soziale, kulturelle und ökonomische Partizipation.

- Rainer Rupp: **Obama darf US-Bürger mit Drohnen killen**

Laut der Begründung des US-Justizministeriums verstieß der tödliche Drohnen-Angriff gegen den Prediger und US-Bürger Anwar al-Awlaki in Jemen im Jahr 2011 nicht gegen die US-Verfassung. Diese garantiert jedem US-Bürger, der einer Straftat beschuldigt wird, das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren. [Die Tötung eigener Bürger sei dann gerechtfertigt, wenn sie eine unmittelbare Bedrohung für die USA darstellten](#) und sie nicht zu fassen seien, heißt es in dem Dokument von 2010, dessen Veröffentlichung nun per Gericht angeordnet wurde. Al-Awlaki wurden Verbindungen zum Terrornetzwerk Al Qaida nachgesagt. - Nach der Tötung wurde 2010 die Eröffnung eines Gerichtsverfahrens durch al-Awlakis Vater abgelehnt, weil der Vater nicht im Namen des Sohnes Klage erheben dürfe, und weil der Fall die politische Frage aufwerfe, ob der US-Präsident Krieg führen dürfe, die einer Revision nicht standhalten würde (Jeremy Scahill, Schmutzige Kriege, S. 481). *Krieg gegen die eigenen Bürger, denen der Weg des Rechts verwehrt wird, oder [willkürliche, kaltblütige Tötung](#)?*

Nun ist es raus: Die Verteidigungsministerin von der Leyen schließt bewaffnete Kampfdrohnen für die Bundeswehr nicht aus. Sie will sie vorerst leasen und sagt: Das Parlament dürfe entscheiden, ob eine Drohne in einem konkreten Einsatz nur für Aufklärungszwecke genutzt oder bewaffnet werde. Das aber ist pure Augenwischerei, denn im Ernstfall wird das Parlament nicht gefragt. Nicht die Anschaffung von Drohnen stellt das eigentliche Problem dar, sondern die Frage, ob Ursula von der Leyen und mit ihr Bundesregierung und Parlament gewillt sind, sich an Recht und Gesetz zu halten. Unser Grundgesetz, das geltende Humanitäre Völkerrecht und viele andere zu Recht gewordene internationale Pakte verbieten grundsätzlich Angriffskriege und die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele. Und das aus gutem Grund. Hieran haben sich alle politischen Entscheidungsträger zu halten. Auch der Bundespräsident. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Jens Meyer-Wellmann: **Direkte Demokratie - was soll das Volk entscheiden?**

Das [Hamburger Abendblatt weist am 29.06.2014 mit diesem Artikel auf zwei Publikationen zum Thema Direkte Demokratie](#) hin und rezensiert sie.

In der Publikation der Hamburger Landeszentrale für politische Bildung wird vor allem auf die Hamburger Geschichte und konkrete Erfahrungen mit Volksinitiativen und -entscheidungen eingegangen. Hamburg sei seit 2008 zum Vorreiter in Deutschland auf diesem Feld geworden, nachdem entsprechende gesetzliche Regelungen erst 1996 eingeführt worden seien. Aus insgesamt 37 Unterschriftenaktionen seien 14 Volksinitiativen und schließlich 7 Volksentscheide geworden, von den immerhin 4 erfolgreich verliefen. Am bekanntesten sind die gegen die 6-jährige Primarschule und für den Rückkauf der Energienetze. In dem Sammelband werden von verschiedenen Autoren unterschiedliche Positionen zum Thema vorgetragen und auch grundsätzliche Probleme angesprochen. So wird darauf hingewiesen, dass nicht immer die Hauptbetroffenen die Hauptabstimmenden seien und dass es Zeit brauche, eine angemessene Abstimmungskultur zu entwickeln.

In der Mut machenden Publikation von Gregor Hackmack (von "Mehr Demokratie" und „Abgeordnetenwatch“) "Demokratie einfach machen. Ein Update für unsere Politik" werden auf unterhaltsame Art Wege und Erfahrungen aufgezeigt, wie mehr Transparenz und direkte Beteiligung praktisch verwirklicht werden können.

[Inhalt](#) ↑

- Erich Möchel: **TISA-Abkommen steht hierarchisch über TTIP**

Der Artikel bietet zunächst eine [Übersicht über die übergeordnete Bedeutung von TISA](#) mit den Schwerpunkten: Wasser- und Datenschutz, Finanzdienstleistungen, die Bedeutung der einzelnen Abkommen und ihre Interdependenzen: TTIP+TTP=TISA. Er liefert auch Historisches zu den Abkommen.

Sehr informativ sind die Links zu detaillierterer Information (gelbe Schrift): z.B. "Wasserversorgung doch in TTIP-Verhandlungsmasse", wo recht genau eingegangen wird auf: Finanzdienstleistungen, Agrochemie und Landwirtschaft, Propagandaaktionen für TTIP, Klagerechte, Schiedsgerichte, Monsanto gegen US-Bundesstaat Vermont, Chlorhühner, TTIP und EU-Wahlen. Auch der Widerstand gegen die Abkommen kommt zur Sprache: er ist breit und ermutigend.

[Inhalt](#) ↑

- Elisabeth Voß: **Anders Wirtschaften mit Genossenschaften**

Lange Zeit galten Genossenschaften als kompliziert, teuer und etwas verstaubt. Noch heute ist es eher selten, dass in Ratgebern zur Unternehmensgründung diese Rechtsform überhaupt vorkommt. Aber in den aktuellen Diskussionen um enkeltaugliches und globalverantwortliches Wirtschaften, um Postwachstum (*) und Klimaschutz, haben Genossenschaften mittlerweile wieder einen festen Platz. Mitunter wird aber recht Unterschiedliches darunter verstanden. Das Beispiel Mietshäuser Syndikat soll sicherstellen, dass die Häuser nie wieder privatisiert werden können. Wohnraum soll keine Ware sein, aus der Investoren größtmögliche Rendite erzielen, sondern ein gutes und sicheres Zuhause. Das ist der klassische genossenschaftliche Fördergedanke, wie er auch von etlichen Wohnungsbaugenossenschaften gelebt wird: [Die Wirtschaft soll den Mitgliedern dienen und nicht der Profiterzielung.](#)

(*) Postwachstum: *solidarisches & ressourcenschonendes Wirtschaften*, [Weitere Artikel zum dem Begriff. \(Red.\)](#)

[Inhalt](#) ↑

- DeutscheWirtschaftsNachrichten: .. **EZB bereitet neue Gelddruck-Maßnahmen vor**

Die Europäische Zentralbank wird schon bald [mit neuen Gelddruck-Maßnahmen versuchen, die Inflation in Gang zu bringen](#). Die Zentralbank sei mit den Vorbereitungen zum Aufkauf sogenannter Kreditverbriefungen (ABS) vorangekommen. Bei diesen Produkten werden Kredit-Risiken zu Bündeln verschnürt und gehandelt. Die Verbriefungen aus den USA waren der Auslöser der jüngsten Finanzkrise, weil die Papiere so oft hin und hergeschoben wurden, dass am Ende niemand mehr die Risiken abschätzen konnte.

Der Artikel ist leider nicht mehr kostenfrei aufzurufen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Frank Schäffler: **Die verhängnisvolle Woche des “Super Mario”**

Es war zweifellos die Woche des Mario Draghi. Der EZB-Präsident hat Anfang Juni unter Beweis gestellt, was er bereits im Sommer 2012 versprochen hat. Damals sagte er: „Die EZB wird alles Notwendige tun, um den Euro zu erhalten. Und glauben Sie mir – es wird ausreichen.“ Diese Entschlossenheit hat die Märkte lange beeindruckt und damit beruhigt. Sie war das Versprechen, dass kein Land aus dem Euro-Klub ausscheidet, da die EZB im Zweifel mit unbegrenzt billigem Geld dagegenhalten wird. Doch Ankündigungen sind noch keine Taten. Deshalb trommeln seit Wochen Investoren, Krisenstaaten und Banker „selbstlos“ für mehr Tatendrang. [Aus ihrer Sicht hat Mario Draghi am 05.06.2014 geliefert – umfassend.](#)

[Inhalt](#) ↑

- Hintergrund: „**Die Rating-Agenturen gehören den Banken und Hedgefonds, ...**“

Das Gespräch des Blogs 'Hintergrund' mit dem Experten für Banken- und Unternehmenskriminalität, Dr. Werner Rügemer, gibt einen Einblick über die Entstehung der Rating-Agenturen und [geht der Frage nach, wer hinter den drei großen Rating-Agenturen steckt](#), die durch ihre Bewertungen unmittelbar auf die Euro- und Finanzkrise einwirken.

[Inhalt](#) ↑

Anmerkung der Redaktion:

Der Inhalt der Bürgerbriefe aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 ist von den Bürgerbriefen übernommen worden, die bis Ende 2016 auf der Homepage www.volksinitiative-esm-austritt.de erschienen sind. Mit dem Übergang auf die neue, eigene Homepage wurde auch auf das seit Februar 2016 verwendete Format mit vorangestelltem Inhaltsverzeichnis umgestellt. Bei der dabei vorgenommenen Überprüfung der Links zu den hier nur zusammengefassten Original-Artikeln wurde festgestellt, dass der eine oder andere Link nicht mehr funktionierte; die nicht mehr zur Verfügung stehenden Links wurden, wenn möglich, durch aktuelle ersetzt oder ersatzlos eliminiert. Speziell für diesen Bürgerbrief wurde das Zitat neu hinzugenommen.